

**Bezugspreis**  
für Halle monatlich bei zweimaliger  
Zustellung 1.40 Mark, vierteljährlich  
4.20 Mark, durch die Post 4.60 Mark  
auswärtig, Zustellungsgebühr. Be-  
stellungen werden von allen Reichs-  
postämtern angenommen. Im  
amtlichen Zeitungsverzeichnis unter  
„Saale-Zeitung“ eingetragen. Für un-  
verlangt eingegangene Manuskripte  
wird keine Gewähr übernommen.  
Nachdruck nur mit der Quellen-  
angabe „Saale-Zeitung“ gestattet.  
Jahrespreis der Schriftleitung Nr. 1140,  
der Anzeigen-Abteilung Nr. 1142,  
der Bezugs-Abteilung Nr. 1133,  
Postfach-Konto Leipzig Nr. 4609.

Morgen-Ausgabe.

# Saale-Zeitung

Zweihundfünfzigster Jahrgang.

Nr. 77.

Halle, Freitag, den 15. Februar

1918.

**Anzeigen**  
werden die 7 gelbste Kolonialzeit  
oder deren Raum mit 30 Pf. berech-  
net und in weiteren Anzeigenzeiten  
und allen Anzeigengebühren an-  
genommen. Reklamen die Seite 1 lit.  
Schluss der Anzeigen-Annahme  
vorm. 11 Uhr, für die Sonntags-  
nummer abends 6 Uhr. Adressen-  
änderungen von Anzeigenadressen, soweit  
solche zulässig sind, müssen schriftlich  
erfolgen. Erfüllungsort: Halle a. S.  
Erstverlagstag, 2mal, Sonntage 1 mal.  
Schriftleitung und Haupt-Geschäfts-  
stelle: Halle, Dr. Gumboldtstraße 17.  
Neben-Geschäftsstellen: Berlin 24  
und Dr. Ulrichstraße 52.

## Gesteigerte Feuerkämpfe in der Champagne

Lloyd George will im britischen Unterhause die Vertrauensfrage stellen.

### Bulgariens Ministerpräsident über das Kriegsende.

Rumäniens weitere Haltung. — Die Reden der feindlichen Staatsmänner. — Trozkis Propaganda als Weltgefahr. — Die Stärke des bulgarischen Kabinetts. — Die Solidarität des Vierbundes.

Berlin, 14. Februar. (Eigene Drahtnachricht.) Der politische Reaktor der „Nationalzeitung“ berichtet über ein Interview, das ihm heute der bulgarische Ministerpräsident Radoslawow gewährte. Radoslawow sieht die Lage in Rumänien noch immer als sehr kompliziert an, da auch der neue Ministerpräsident General Averescu, kein Freund der Zentralmächte sein dürfte. Eine baldige Entscheidung Rumäniens über die eigenen Interessen des Landes, da es sonst auf den Verlust Bulgariens beschließen müßte, auf das die Alliierten Anspruch zu haben glauben. Der ehemalige Staatsoberhaupt Rumäniens, der Kaiserin Maria, und der Oberbefehlshaber auch noch reichlich bulgarischen Land zu gewinnen, werde niemals in Erfüllung gehen. Rumänien müsse heute sehr zufrieden sein, wenn es Bessarabien behalten könne.

Die Neben-Alliierten, Lloyd George und Orlando, hält Radoslawow für rein akademische Erörterungen, die zur Behebung der einen Parlamente abgegeben werden. Angesichts des russischen Zusammenbruchs darf man sicher sein, von dieser Seite bald andere Reden zu vernehmen.

Ueber das Kriegsende befragt, äußerte sich Radoslawow dahin, daß auch der Entschluß die Einsicht kommen werde, daß die durch eine Kriegserklärung an noch mehr vertiert und daß vor allem die sozialen Umwälzungen in Russland von den Alliierten weit schwerer empfangen werden, als von uns. Trozki hat nicht nur von

einem englischen Imperialismus gesprochen. Die Annullierung der russischen Staatsanleihe bedeutet für die westliche Weltwirtschaft einen ungeheuren Schlag. Die Propaganda Trozkis hält Radoslawow für eine Weltgefahr, gegen die von allen Seiten Vorkehrungen getroffen werden müssen.

Ueber die innere Lage Bulgariens und die Stellung des Kabinetts in der Sobranje sagte er folgendes: Es hat sich eigentlich seit den letzten Wahlen nicht verändert. Man darf nicht übersehen, daß wir nicht nur radikal Demokraten und Sozialisten, sondern ebenso auch Deutschland auch Ultrafascisten haben, ja sogar Anhänger Benins und Trozkis. Unsere Jugend strengt als bei Ihnen, ist ein Sauregegend ihrer Kämpfe. Die bulgarische Opposition sieht sehr reich und sie glaubt, es den anderen europäischen Oppositionsparteien nachmachen zu müssen, doch wir fürchten unsere Opposition nicht. Unser Kabinet hat eine zuverlässige Mehrheit in der Sobranje, dazu kommt noch, daß wir eine feste Stütze in unserem König besitzen, der sicher der weiseste Staatsmann in Bulgarien ist.

Zu Brecht-Ritowil sagte Radoslawow noch: Wenn ich mich nach West-Russland begeben habe, so geschah es in erster Linie deshalb um auch nach außen hin einen neuen Beweis der absoluten Solidarität zu geben, die zwischen Bulgarien und seinen Bundesgenossen in allen Kriegs- und Friedensfragen besteht.

### Was geht in London vor?

Lloyd Georges Stellung angeblich stark erschüttert.

Dem „Newman Post-Contract“ zufolge ver-  
längert einige Blätter, vor allem der „Daily  
Star“, den Eindruck zu erwecken, daß die  
Stellung des Kabinetts stark erschüttert  
sei. Es ist kein Zweifel daran, daß das  
Lloyd Georges im Unterhause gestern einen  
Kritik bekommen hat.

Es raft der See und will kein Opfer haben. . . Der  
57jährige Lloyd George, der im Dezember 1916 Aquiliths  
Nachfolger als Ministerpräsident wurde, muß hart um seine  
politische Existenz kämpfen. Die Wogen der politischen Er-  
regung geben jenseits des Kanals wieder einmal hoch und  
man weiß nicht, ob sie die Kraft haben werden, um den  
Walliser Löwen aus der Stellung eines mod- und ziel-  
bewußten Diktators Englands fortzuschleppen. Lloyd  
George, der mit Wilson im Vortage der 10. zum 11. ge-  
eifert und der noch im August 1913 als damaliger Schatz-  
kanzler seinem Parlamente Abbitte tun mußte, weil er es  
nicht vermocht hatte, mit anderen Ministerkollegen in  
Marconi-Affäre zu intervenieren, hat während seiner bisherigen  
Ministerpräsidentenamt fürwahr kein leichtes Leben gehabt.  
Über er erwieh sich doch stets als der Mann, der sich seiner  
Gegner zu erwehren mußte. Begangene Fehler verzeiht man  
in Großbritannien lieber als das Eingeständnis, daß Fehler  
begangen worden sind. So war es Lloyd George nicht sonder-  
lich schwer, über die Angriffe hinwegzukommen, die aus An-  
laß der nutzlosen Wassertrichter gegen ihn gerichtet  
wurden. Ebenso widerstand er manchem anderen Ansturm.  
Erstlicher wurde seine Position zum erstenmal gefährdet,  
als er nach dem Sturze Painles, von Rapallo nach Paris  
kommend, dort jene Rede hielt, die einen Sturm im ganzen  
militärischen Kriegslager Englands erregte. Damals  
machte er ein Eingeständnis über die britisch-französische  
Rennstrecke und über den Mangel an größeren Erfolgen.  
Das wollte man ihm nur schwer verzeihen. Heute,  
um es abermals heißt, daß seine Stellung einen weiteren  
Kritik bekommen hat, ist eine Erinnerung an jene Rede nicht  
ohne Interesse. Lloyd George hatte im November 1913 bei  
einem der im Lager unserer Feinde üblichen Banketts in  
Paris in folgender Weise von den überwälzenden Waffen-  
lasten der Mittelmächte in Italien gesprochen:

„Wenn wir ein Kilometer in die feindlichen Linien vor-  
bringen, wenn wir ein Dorf nehmen und einige hundert Ge-  
fangene machen, ergeben wir uns in Bewunderung, und das  
mit Recht; denn dies sind die Wahrzeichen unserer Überlegenheit  
und die Gewähr für den Sieg, den wir am Ende erringen müßten.  
Aber was würden wir lassen, wenn wir 50 Kilometer über die  
feindlichen Linien hinaus vorgedrungen wären, wenn wir 200 000  
Gefangene gemacht und dem Feinde 2500 ihrer besten Geschütze  
mit riesenhaften Mengen von Schießbedarf und Proviant weg-  
genommen hätten?“

Besonders groß war darauf die Erregung bei den Kon-  
servativen Großbritanniens, die Lloyd George nur deshalb  
willig ertragen, weil er ihnen als einziger Liberaler der  
geeignete Vollstrecker ihres militärischen Strebens schien.  
Der gewandte, in mancherlei Sätzen gerechte Schulmeister-  
sinn, der Resse eines ehrsamem Schwärzlers, meißerte auch  
diese Situation. Es schien seine Stellung erneut befestigt zu  
haben, bis jetzt die Folgerziehungen des ersten Friedens-  
schlusses ihm neue Schwierigkeiten auftraten.

Jetzt geht die Opposition nicht von den Konserwativen  
aus, sondern von den Liberalen. Sie unternehmen bei der  
Abredebatte im Unterhause einen Vorstoß, auf den, wie wir  
an dieser Stelle bereits getreu betonten, Lloyd George in  
einer zum mindesten sehr merkwürdigen Art und Weise er-  
widerte. Streitobjekt ist das „Geheimnis von Versailles“,  
d. h. das, was der oberste Kriegsrat der Entente dort be-  
schlossen hat. In England fürchtet man durch einen fran-  
zösischen Oberbefehlshaber eine Schwächung der englischen  
Führerschaft. In der Opposition gehört auch Asquith, der  
stillschweigend, seinem Konkurrenten den politischen Rück-  
sicht abzugeben zu können. Lloyd George müßte sich in  
seiner Antwort auf die energischen Fragen der Londoner  
Neugierigen nur durch den Himmel auf die unbedingt er-  
forderliche Geheimhaltung zu stützen. Genügt hat der Hin-  
weis offenbar nicht, denn der Kampf um das Kabinet Lloyd  
Georges ist noch nicht beendet und eine Abtötung ist noch  
nicht erfolgt. Aber nicht nur im Parlamente, auch in eini-  
gen liberalen Londoner Blättern werden die heftigen  
Angriffe gegen Lloyd George laut, und man spricht bereits  
leibhaftig davon, in der letzten Zeit von der etwaigen Rot-  
mondigkeit von Newman in England.

Lloyd George hat den November-Sturm überstanden,  
bei immerhin schon im hart vor, daß ihn im nächsten

### Deutscher Abendbericht.

WTE Berlin, 14. Februar, abends. Amtlich.  
In der Champagne war die Feuerstätigkeit in den  
Mitteln nördlich von Reims und südlich von Tazure  
vielfach gesteigert.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

### Wiener Bericht.

WTE Wien, 14. Februar. Amtlich wird verlautbart:  
Keine besonderen Ereignisse.  
Der Chef des Generalstabs.

### Die politische Verwirrung in London.

Oberst Kepington verhaftet?

Amsterdam, 14. Febr. (Eigene Drahtnachricht.) Aus  
allerley Londoner Mitteilungen ist die Verwirrung  
herauszufassen, welche die durch die „Morning Post“ zuerst  
mitgeteilte angebliche Beschlüsse des britischen Kriegs-  
rates hervorgerufen haben. Die inzwischen erfolgte Ver-  
haftung des Obersten Kepington, dem als Militärkritiker der  
„Morning Post“ die größte Schuld beigemessen wird, ändert  
nichts an dem Geschehen. Jedenfalls hat die Angelegen-  
heit eine große Rolle für Frankreich wie auch für  
England heraufbeschworen. Die Position Lloyd Georges wie  
auch die Lord Robertsons gilt als erschüttert.

### Die Lloyd George-Krise.

Eine peinliche Anfrage der Jeen.

Basel, 14. Februar. (Priantelegramm.) „Daily News“  
melden: Lloyd George hat in vertraulichen Besprechungen  
mit liberalen Führern des Parlaments seine Abicht kund-  
gegeben, bei der kommenden Beratung über die neuen Kriegs-  
kredite für das Kabinet die Vertrauensfrage im  
Unterhause zu stellen.

Die „Morning Post“ meldet: Die Jeen haben eine An-  
frage an den Ministerpräsidenten eingebracht über die An-  
wendung des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen auf  
Irland.

### Die Wiener Verhandlungen.

Eingung mit den Polen?

Wien, 14. Februar. (Priantelegramm.) Die gestrige  
Konferenz mit dem Ministerpräsidenten dauerte von 4 Uhr  
nachmittags bis abends 10 Uhr. Heute nachmittags wird vom  
Ausschuss der deutschen Nationalpartei darüber Bericht  
erstattet werden. Man will diese Konferenz große Bedeu-  
tung bei. Es verlautet in parlamentarischen Kreisen, daß im

die Aussichten für das Kabinet bedeutend  
gebessert haben und daß sogar Aussichten für eine  
kleine Regierungsmehrheit von 12 bis 20 Stimmen bestehe,  
wobei verschiedene Parteien der Opposition sich an der Ab-  
stimmung nicht beteiligen werden.

Die Verhandlungen mit den Polen entwickeln  
sich ziemlich günstig. Heute nachmittags wird Graf Czernin  
mit ihnen konferieren und ihnen erklären, daß die Abgren-  
zung des künftigen Schineschgebietes noch nicht definitiv  
ist und daß in der Kommission für die Grenzverteilung auch  
Vertreter der polnischen Nation zugezogen werden sollen.  
Sonnabend tritt der polnische Klub in Wien zusammen, wird  
aber keine entscheidenden Beschlüsse fassen.

### Die Todesstrafe gegen Solo Pascha beantragt.

Zürich, 14. Februar. (Eigene Drahtnachricht.) Nach  
Meldungen aus Paris ergab die gestrige Schlussverhand-  
lung in dem Prozesse gegen Solo Pascha mit dem Antrage  
des Vertreters der Anklage auf Todesstrafe. In der  
Begründung dieses Antrages ludte er den Prozeß als eine  
der größten Verbrechen der französischen  
hinzustellen. Hierfür könne es nur ein Urteil geben, und  
das sei Hinrichtung durch Erschießung im Polygon von  
 Vincennes.

### Radoslawow verhandelt weiter in Berlin.

Ausbau der Beziehungen zur Ukraine.

Berlin, 14. Februar. (Eigene Drahtnachricht.) Wie wir  
erfahren, wird der bulgarische Ministerpräsident Rados-  
lawow, der heute noch verschiedene Besprechungen hatte,  
morgen mit dem Grafen Hertling und Herrn von Kuhl-  
mann nach deren Rücksicht aus dem Grafen Hertling, -ritte  
über die politische Lage verhandeln, um dann über Wien, wo  
er sich einen Tag aufhalten gewillt, nach Sofia zurückzu-  
kehren.

Im Auswärtigen Amt wurde heute über den  
Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen Deutschlands und  
Österreichs zu der Ukraine verhandelt.

### Die Pariser Börse und die rumänischen Werte.

Basel, 14. Februar. (Eigene Drahtnachricht.) Wie  
schweizerischen Blättern aus Paris mitgeteilt wird, haben  
die rumänischen Werte an der Pariser Börse einen totalen  
Niederbruch erlitten. Verschiedentlich haben Dantons große  
Fehluläufe erklärt. Die Banken lehnen es ab, rumä-  
nische Geld einzunehmen, seien auch keine rumänischen  
Schecks mehr ein.

(Kette Feuilleton Seite 1 bis 10)





stimmte sich die Besatzung an. Wir haben aber nicht erwartet, daß Kämpfe in den Straßen des Quartiers stattfinden. Das bedeutet wohl eine Besatzung, aber wir hoffen auf die Schwärze der Nacht zu warten. Wenn jemals Feuerlicht am Platz ist, so ist es sehr gefährlich, das wir nur noch etwas beschließen müssen, dann wird der allgemeine, jenseitige Frieden erreicht sein.

Stimmliche, sich immer erneuernde Tod- und Seufzer folgten der Rede. Auf dem Balkenbalken erwartete eine Vertretung der Frauen den Redner, der vom Balkon aus für die Dantonsen dankte und zum Durchführen bis zu einem baldigen allgemeinen und ehrenvollen Frieden aufrief.

### Ein Friedensmanifest Kaiser Karls.

WTR. Wien, 13. Februar. Der Kaiser hat ein Manifest erlassen, in dem es heißt:

Unter dem Eindruck des Friedens mit der Ukraine wendet sich unser Volk voll Sympathie dem strebsamen jungen Volke zu, welches vollauf gerechtes Entschlossenheit sich zeigt, um seiner besseren Lebensgestaltung vor aller Welt durch die Tat Ausdruck zu verschaffen. So schied es denn als erster aus dem Lager unserer Feinde aus, um im Interesse der möglichst raschen Erreichung des nunmehr gemeinsam großen Zweckes seine Bestrebungen mit unserer Kraft zu vereinen. Ich fühle mich eins mit meinen Vätern in dieser Stunde, in welcher nunmehr der erste Schritt für Verwirklichung eines dauerhaften Friedens erfolgt ist. Zum Schlusse des Manifestes hob der Kaiser die Opferfreudigkeit der Truppen und der Adelsgemeinschaften hervor und gab dem Kaiserlichen Heere, das sich für die ganze Menschheit der endgültige Friede erreicht werde.

### Die Besprechungen im Großen Hauptquartier.

In denen sich, wie gemeldet, der Reichsminister Graf Hertling und der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Herrin Grafen haben, sind, wie Berliner Blätter erfahren, noch nicht zum Abschluß gekommen. Sie haben jedoch bereits zu einer Klärung der Lage geführt und wichtige Vereinbarungen der Missionen zwischen der Obersten Heeresleitung und der politischen Leitung ergeben.

### Besprechungen der Fraktionsführer mit Herrn v. Payer.

Seit und morgen werden die Vertreter der verschiedenen Fraktionsparteien vom Reichsanwalt v. Payer zu Besprechungen eingeladen werden. Der Redner tritt, wie berichtet, am Dienstag, 19. Februar, zu einer längeren Tagung zusammen. Außer dem Ort, dem Fraktionsvertrag mit der Ukraine und den neuen Steuerentwürfen wird er sich hauptsächlich mit dem sozialistischen Programm zu beschäftigen haben, das seinerzeit während der Reichsanwalter Grafen Hertling und den Reichsparteien vereinbart worden ist.

### 3000 Deutsche und Esten in Gefahr.

Der deutsche Adel - vogelfrei. Wie aus aus Riga berichtet wird, ist die Lage der von Deutschland hier stationierten Deutschen und Esten in letzter Stunde sehr ernst. Die russische Regierung hat die Deutschen zum Abzug gezwungen. Die Russen haben sich mit ihren Kindern im Schlaf, die Männer in Ainos; in Dorpat wurden etwa 280 Männer verhaftet. Weitere Verhaftungen sind aus Berlin gemeldet. Der deutsche Adel ist nun in Gefahr. Der russische Adel ist nun vogelfrei und befindet sich in militärischer Besatzung über die Hälfte des Landes als Gegenleistung aus.

### Der zurückgezogene russische Demobilisierungsbefehl.

Berlin, 14. Februar. Zur Lage der russischen Front sind von maßgebender Seite darauf hingewiesen, daß der durch den russischen Befehl zur Demobilisierung des russischen Heeres noch am selben Tage, wie Stimmungen nach diesem Befehl, wieder zurückgezogen worden, eine Demobilisation im Ausland also vollständig nicht erfolgt ist.

### Die Wahlrechtsvorlage im Ausschuss.

Die einjährige Staatsangehörigkeit als Bedingung. Der Verfassungskommission des Abgeordnetenhauses begann heute mit der Beratung der Wahlrechtsvorlage. Für 81 gibt das Wahlrecht jedem Deutschen, der die Staatsangehörigkeit seit mindestens drei Jahren besitzt und das 25. Lebensjahr vollendet hat, in der jeweiligen Gemeinde, in der er seit einem Jahre seinen Wohnsitz oder Aufenthalt hat. In Gemeinden, die in mehrere Wahlbezirke geteilt sind, tritt der Wahlberechtigte an die Stelle der Gemeinde. Jeder Bürger darf nur an einem Orte wählen. Für aktive Militärdienstleistungen mit Ausnahme der Militärdienstleistungen, zuzüglich des Wahlrechts. Ferner sind eine Anzahl von Bestimmungen. Die Kommission beantragte für die einjährige Ortsangehörigkeit die dreijährige zu setzen. Ein nationalliberaler Antrag will folgende Bestimmung einfügen: „Auf die Teilnahme am wahlberechtigten Rechte ist für die erstmalige Wahl auf Grund dieser Vorlage das Bestehen der einjährigen Staatsangehörigkeit oder Aufenthalt in der Gemeinde oder dem Wahlbezirk eine Voraussetzung.“ Die fortgeschrittene Volkspartei beantragt, die Bedingung der dreijährigen Staatsangehörigkeit zu streichen, für die einjährige Ortsangehörigkeit eine Bedingung von 6 Monaten zu setzen und auch den Satz zu streichen, daß der Wahlberechtigte an die Stelle der Gemeinde tritt, wenn diese in mehrere Wahlbezirke geteilt ist. Der Sozialdemokrat beantragt, das Wahlrecht jedem Deutschen ohne Unterschied des Geschlechts nach Vollendung des 20. Lebensjahres in seiner jeweiligen Wohngemeinde zu geben, und im Falle der Abfassung dieses Antrages nur eine einjährige Staatsangehörigkeit zu fordern, sowie die Erziehung der Gemeinde durch den Wahlberechtigte zu streichen. Ein sozialdemokratischer Antrag beantragt, das Wahlrecht jedem Deutschen ohne Unterschied des Geschlechts nach Vollendung des 20. Lebensjahres in seiner jeweiligen Wohngemeinde zu geben, und im Falle der Abfassung dieses Antrages nur eine einjährige Staatsangehörigkeit zu fordern, sowie die Erziehung der Gemeinde durch den Wahlberechtigte zu streichen. Ein sozialdemokratischer Antrag beantragt, das Wahlrecht jedem Deutschen ohne Unterschied des Geschlechts nach Vollendung des 20. Lebensjahres in seiner jeweiligen Wohngemeinde zu geben, und im Falle der Abfassung dieses Antrages nur eine einjährige Staatsangehörigkeit zu fordern, sowie die Erziehung der Gemeinde durch den Wahlberechtigte zu streichen. Ein sozialdemokratischer Antrag beantragt, das Wahlrecht jedem Deutschen ohne Unterschied des Geschlechts nach Vollendung des 20. Lebensjahres in seiner jeweiligen Wohngemeinde zu geben, und im Falle der Abfassung dieses Antrages nur eine einjährige Staatsangehörigkeit zu fordern, sowie die Erziehung der Gemeinde durch den Wahlberechtigte zu streichen.

Ein Nationalliberaler fordert für die Regierungsvorlage und begünstigt den oben mitgeteilten Antrag seiner Partei. Mitglieder des Ausschusses Dr. Dreyer, die einjährige Staatsangehörigkeit ist auch in Wahlbezirken vorzuziehen und ist geneigt. Eine dreijährige Staatsangehörigkeit würde die Allgemeinheit des Wahlrechts erheblich einschränken, und das mit der Regierung ist die Wahlberechtigung von 20 Jahren entgegen der Regierungsvorlage und darunter noch nicht geben. Was den Frauenwahlrecht anbelangt, so ist die Stellung der Frau von der des Mannes vollständig verschieden und muß es sein. Durch die Einmischung der Frau in die Politik, würde mehr die die Erziehung der männlichen Jugend, ihrer Mütter und Geschwister, unerschütterlich werden. Die Erziehung der Gemeinde durch den Wahlberechtigte ist in der Hauswirtschaft und sollte ein sein, und schließlich der Bürger nur vor der Wahl verbinden. Dem nationalliberalen Antrag stimmt die Regierungsvorlage zu, es sei jedoch in die Regierungsbestimmungen.

Ein Zentrumsdemokrat meint, das Wahlrecht erfordert eine gewisse Gebührligkeit; dem Zentrum genüge die einjährige, es werde gegen den sozialistischen Antrag stimmen. Alle bürgerlichen Parteien schloßen. Die deutschen Frauen mindestens ebenso hoch als die Sozialdemokratie, aber man könne diese Wertung und Anerkennung nicht dadurch zum Ausdruck bringen, daß man die Frau in die Wahllokalen hineinsetzt.

Das politische Ausschussmitglied befristet dem sozialdemokratischen Antrag. Ein Sozialist sieht im Sinnbild im Verlauf der Debatte den Antrag auf dreijährige Aufenthaltsdauer zurück und will für die Regierungsvorlage stimmen. Gegen den Antrag von Dr. Dreyer ist ihm schon deshalb, weil es auf einer noch nicht weitergehenden Radikalisierung führen würde. Wir streifen der Menschheit seinen Dienst, wenn wir auf volle Gleichstellung der Frauen hinarbeiten. Dem nationalliberalen Antrag steht die Regierungsvorlage gegenüber. Ein Sozialist fordert, die Bestimmung der gebildeten Aufwärtigen und Staatsangehörigkeit über das jeweilige Maß hinaus an einer Entscheidung der Wähler führen würde. Die Ausnahmebestimmung für Berlin ist ungerecht und muß beibehalten werden. Da das Frauenwahlrecht im Ausland keine Ausübung auf Annahme habe, braucht man diese Frage nicht näher zu diskutieren. Die Sozialisten lehnen diesen Antrag ab, aber nur deshalb, weil sie nicht wünschen, daß der Gesetzentwurf durch Befragung mit einer Frage von solcher Bedeutung gefährdet wird. Dadurch legen wir aber unter grundsätzliche Aufhebung über das Frauenwahlrecht nicht. Wir sind auch gegen die dreijährige Aufenthaltsdauer.

Ein Nationalliberaler weist darauf hin, daß in allen neuere Wahlgesetze entweder Staatsangehörigkeit oder Aufenthaltsdauer oder beides oder ein höheres Alter gefordert werde, deshalb ist der fortgeschrittene Antrag unannehmbar. Nach weiterer Debatte wird der Antrag der Regierungsvorlage angenommen. Der Antrag der Sozialisten wird zurückgezogen. Ein Nationalliberaler weist darauf hin, daß in allen neuere Wahlgesetze entweder Staatsangehörigkeit oder Aufenthaltsdauer oder beides oder ein höheres Alter gefordert werde, deshalb ist der fortgeschrittene Antrag unannehmbar. Nach weiterer Debatte wird der Antrag der Regierungsvorlage angenommen. Der Antrag der Sozialisten wird zurückgezogen.

Ein Nationalliberaler weist darauf hin, daß in allen neuere Wahlgesetze entweder Staatsangehörigkeit oder Aufenthaltsdauer oder beides oder ein höheres Alter gefordert werde, deshalb ist der fortgeschrittene Antrag unannehmbar. Nach weiterer Debatte wird der Antrag der Regierungsvorlage angenommen. Der Antrag der Sozialisten wird zurückgezogen.

### Halle und Umgebung.

Halle den 15. Februar 1918.

### Stadtvorordneten-Sitzung.

Am Vorstandsische die Herren Zullkatr Dr. Fähring, Ehrenbürgersekretär Rechnungsrat Borchert und Kaufmann Wöhlke. Zwei Eingänge, die außerhalb der Zuständigkeit der Stadtvorordneten liegen, z. B. das Gesuch um Wieder-Einstellung eines Metzgersberufes in die städtische Verwaltung, werden dem Magistrat übergeben. Herr St. v. n. g. bemängelt es, daß seit dem 10. Jan. keine ordentliche Stadtvorordnetensitzung stattgefunden habe, obwohl z. B. in der vorigen Woche der Haushaltsausgleich 10 Punkte vorbereitet hat. Jetzt habe man wieder eine außerordentliche Sitzung, und zwar mit einer außerordentlich umfangreichen Tagesordnung. Die Vorlagen lassen sich da nicht genügend beraten, wie es ihre Wichtigkeit verlangt. Das liegt aber im Interesse der Stadtvorordneten, die sonst als Körperschaft ihrer Verantwortung verlieren. Herr Oberbürgermeister Dr. v. n. g. entgegnet, es sei durch eine sehr wichtige Dienstreise an der Anwesenheit in Halle verhindert worden, habe aber Gemüht darauf legen müssen, daß er bei der Beratung einzelner Vorlagen, z. B. über die Teuerungszulagen, zugegen sein könne. Der Herr Vorsteher habe auf die keine Wichtige Müdigkeit genommen, daher habe man die beiden letzten Wochen keine ordentliche Stadtvorordnetensitzung gehabt.

1. Für die Wahlrechtsvorlage für die Deputation des städtischen Arbeitsamts, wobei die Wahl des Gewerbesteuergesetz, soweit Arbeitnehmer in Frage kommen, ergebnislos gemein ist, die Herren August Gabel, W. Emmert und Dill gewählt. (Ref. Herr St. v. n. g.) 2. Für die auf Grund des Gesetzes über die Kriegsteuerungen notwendig werdenden Abschätzungen landwirtschaftlicher Grundstücke wählt man als Sachverständigen: Staatsmänner die Herren Oeconomist Bruno Endlich, Kriemhildstraße Nr. 88, und Kaufmann Richard Wirtz, Kriemhild-Platz Nr. 41. (Ref. Herr St. v. n. g.) 3. Der Haushaltsplan der Geschwister-Körner-Stiftung für das Rechnungsjahr 1918 wird in Einnahme und Ausgabe mit 11.320 M. genehmigt. (Ref. Herr St. v. n. g.) 4. Deswegen der Entwurf des Haushaltsplans der Kaiser-Wilhelm- und Kaiserin-Auguste-Viktoria-Stiftung für 1918. (Ref. Herr St. v. n. g.) 5. Die Kriegsunterstützungskasse für die Stadt Halle eine Zusammenfassung von 70.000 M. gemacht. Die Stadtvorordnetenversammlung nimmt die Entscheidung mit herzlichem Danke an. (Ref. Herr St. v. n. g.) 6. Das am 30. August 1916 hier geforbene Fräulein Hedwig Volke hat in ihrem am 8. September 1916 eröffneten und vererbten Testament der Stadtgemeinde Halle ein Vermächtnis von 15.000 M. gemacht.

Nennwert 34 Prozentiger Staatsanleihe zur Unterstützung unehelicher bedürftiger hiesiger Juchstücker ausgesprochen. Man hat die Annahme mit Dank gegen die Stadtgemeinde Halle. (Ref. Herr St. v. n. g.) Punkt 7 betrifft die Erhöhung der Kriegsbeihilfen für die städtischen Angefallenen.

Herr St. v. n. g. trägt folgende Vorlage vor: Die durch die Fortdauer des Krieges geschaffene mangelnde wirtschaftliche Lage der städtischen Bediensteten erfordert eine Erhöhung der Kriegsbeihilfen für die städtischen Angefallenen.

Herr St. v. n. g. trägt folgende Vorlage vor: Die durch die Fortdauer des Krieges geschaffene mangelnde wirtschaftliche Lage der städtischen Bediensteten erfordert eine Erhöhung der Kriegsbeihilfen für die städtischen Angefallenen.

weiter wirtschaftliche Verbesserung des gedemütigten Dienstmanns. In Gemäßheit des Magistratsbeschlusses vom 21. Dezember 1917 werden daher die durch Gemeindefesthalten vom 4. Sept. 1917 befreiten laufenden Kriegsbeihilfen der Kriegsbeihilfen, nämlich bescheidenen Angefallenen, Oberleitenden, sowie Lehren und Schreibern an den höheren, Mittel- und Fachschulen mit Wirkung vom 1. Januar 1918 ab wie folgt erhöht:

- A) Unverheiratete mit einem Jahresdiensteinkommen bis zu 6000 M. — bisher 25 M. — monatlich 40 M. B) Verheiratete: a) deren Stellenhöhegleichheit bis zu 3200 M. beträgt — ohne Nebenbezüge — weniger als 40 M. monatlich 12 M. — monatlich 12 M., und für jedes Kind — bisher 3 M. — monatlich 6 M.; b) deren Stellenhöhegleichheit bzw. Jahresdiensteinkommen — ohne Nebenbezüge — 3200—6000 M. einfließt, beträgt — bisher 45 M. — monatlich 90 M. und für jedes Kind — bisher 4,50 M. — monatlich 9 M.; c) mit einem Stellenhöhegleichheit bzw. Jahresdiensteinkommen — ohne Nebenbezüge — von mehr als 6000 M. — bisher 60 M. — monatlich 120 M., und für jedes Kind — bisher 6 M. — monatlich 12 M. C) An Verheirateten werden gleichfalls die zu A und B genannten Beihilfen unter Zugrundelegung der tatsächlichen Grundbesitze gezahlt.

II. Die Mehrkosten betragen für 6 Monate rund 250 000 Mark und sind gleichfalls dem Kriegslohn auszuführen. Da außer den Kriegsbeihilfen noch laufende Teuerungszulagen an sämtliche unter I genannte städtische Bediensteten in Höhe von für Verheiratete monatlich 18 M., für nicht Verheiratete monatlich 12 M., und für Unverheiratete monatlich 12 M. gezahlt werden, wird nunmehr die den gegenwärtigen Teuerungszulagen entsprechende wirksame Kürzung gegenüber der wirtschaftlichen Notlage der städtischen Bediensteten in die Wege geleitet. Es würde für den Fall, daß durch die von Reich und Staat in Aussicht genommene Neuordnung der Kriegszulagen einzelne städtische Bediensteten, obgleich ebenfalls zu werden, diese ökonomisch an den Diffikultäten zu erhöhen.

### Bezug der städtischen Arbeiter für eine entsprechende Neuordnung bereits in die Wege geleitet.

Der Referent Herr St. v. n. g. bemerkt dazu, daß im Kriege der eine wertvolle und der andere nur leidlich. In früheren Klassen gehören die meisten kleinen Kapitale, zahlreich kleine Geldbesitzer und die Zeitbesitzer. Den Kriterien könne vielleicht in steuerlicher Beziehung etwas gespart werden für die städtischen Angefallenen habe die Stadt den Krieg zu leisten, obgleich er ebenfalls zu werden, diese ökonomisch an den Diffikultäten zu erhöhen. Die städtischen Arbeiter für eine entsprechende Neuordnung bereits in die Wege geleitet.

Der Referent Herr St. v. n. g. bemerkt dazu, daß im Kriege der eine wertvolle und der andere nur leidlich. In früheren Klassen gehören die meisten kleinen Kapitale, zahlreich kleine Geldbesitzer und die Zeitbesitzer. Den Kriterien könne vielleicht in steuerlicher Beziehung etwas gespart werden für die städtischen Angefallenen habe die Stadt den Krieg zu leisten, obgleich er ebenfalls zu werden, diese ökonomisch an den Diffikultäten zu erhöhen.

### Mitglieder des Magistrats nicht leer ausgehen.

darin, zumal der größte Teil von ihnen noch in die Gehaltszulagen mit ihrem Einkommen falle, die von der Vorlage erlösch werden. Am vorigen November habe man im Magistrat bei jener Bewilligung von Kriegszulagen für die Beamten der Stadt Halle von je 1000 Mark gewährt. Die gleiche Summe hat der Haushaltsausgleich auch diesmal beschließen und werden sollen die Magistratsmitglieder auch diesen aus je 500 Mark erhalten. Herr St. v. n. g.: Wir haben früher sämtliche Beamten den gleichen Teuerungszulagen bewilligt. Das war ein großer Standpunkt, denn durch die Ratifizierung erhalten ja alle Beamtenstellen nur die gleiche Menge Arbeitsmittel und mit den Ausgaben für Güter, Kleidung, Wohnung die neuen höchsten Kriegsbeihilfen noch einem einzelnen Gehalt, dementsprechend dem Durchschnitt, bemessen den Beamten wäre übrigens eine einmalige Teuerungszulage zu zahlen gewesen. Man hat sich inzwischen auf die Worte des Herrn Oberbürgermeisters, der da meinte, durch rationelle Zahlung der Vergütung der Teuerungszulagen zu vermeiden, müssen, gefordert; mit haben das Beamtet selbst verweigert. Für die Arbeiter hätte man auch gleich in dieser Vorlage sorgen müssen, aber ich will es nicht, wenn auch die Arbeiter sofort bezahlt werden. Andererseits würde eine Vergrößerung der Kriegsgemeinschaften entstehen.

Herr St. v. n. g.: Ich bin auch dafür, daß die Arbeiter zum mindesten geteilt und gleich in dieser Vorlage bezahlt werden. Auch sie müssen jetzt in verärarmtem Maße wie die Beamten ihre Pflicht tun und für die weitaus zahlungsfähigen Hilfsträfte mit abzurufen, z. B. die Kriegsgeldbesitzigen. Da könnte man den Arbeitern einfach dieselben Prozente Kriegszulagen geben. Oder denkt man daran, ihnen höhere Löhne zu zahlen? Dann würden sie allerdings davon ihre Steuern zu zahlen haben, während die Kriegszulagen freier sind.

Herr St. v. n. g.: Die Vorlage gefällt mir nicht. Ich hätte gewünscht, die Sache würde nicht ausgefallen, so daß die am niedrigsten Bezahlten die höchsten Zulagen bekommen. Ich würde mich, das man aus heute noch warten läßt mit der Entscheidung, in welchem Maße die Arbeiter erhöhte Kriegszulagen bekommen sollen. Herr Stadt v. n. g.: Ich bin auch dafür, daß die Arbeiter zum mindesten geteilt und gleich in dieser Vorlage bezahlt werden. Auch sie müssen jetzt in verärarmtem Maße wie die Beamten ihre Pflicht tun und für die weitaus zahlungsfähigen Hilfsträfte mit abzurufen, z. B. die Kriegsgeldbesitzigen. Da könnte man den Arbeitern einfach dieselben Prozente Kriegszulagen geben. Oder denkt man daran, ihnen höhere Löhne zu zahlen? Dann würden sie allerdings davon ihre Steuern zu zahlen haben, während die Kriegszulagen freier sind.

Herr St. v. n. g.: Ich bin auch dafür, daß die Arbeiter zum mindesten geteilt und gleich in dieser Vorlage bezahlt werden. Auch sie müssen jetzt in verärarmtem Maße wie die Beamten ihre Pflicht tun und für die weitaus zahlungsfähigen Hilfsträfte mit abzurufen, z. B. die Kriegsgeldbesitzigen. Da könnte man den Arbeitern einfach dieselben Prozente Kriegszulagen geben. Oder denkt man daran, ihnen höhere Löhne zu zahlen? Dann würden sie allerdings davon ihre Steuern zu zahlen haben, während die Kriegszulagen freier sind.

